



Aussenpolitik 1990: Schweiz öffnete sich nach Osten

Die Schweizer Aussenpolitik bewegte sich nach dem Fall des Ost-Blocks. Rahmenkredit, Neutralität, Sonderfall und EWR-Abkommen sorgten für Diskussionsstoff.

Bundesrat Rene Felber hält an einer Pressekonferenz im Jahre 1990 den Mahnfinger in die Höhe. (Archivbild) - Keystone

Das Wichtigste in Kürze

- Vor über 20 Jahren fiel der Eiserne Vorhang und die Deutschen wurden wiedervereint.
- Die Schweiz musste ihre Rolle im neuen europäischen System erst finden.
- Ein Blick zurück auf EWR-Abstimmung, Rahmenkredit und Sonderrolle.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der deutschen Wiedervereinigung hat sich die Schweizer Aussenpolitik 1990 zunehmend nach Osten geöffnet. Sie unterstützte den demokratischen Umbau namentlich in Polen und Ungarn. Das lässt sich dem neuen Band der Diplomatischen Dokumente entnehmen, den die Forschungsstelle «Dodis» am Montag veröffentlicht hat.

Nach dem epochalen Umbruch 1989 mit dem Fall der Mauer stand 1990 im Zeichen der europäischen Wende. Die Schweiz sah sich herausgefordert durch die Frage nach ihrer

Rahmenkredit für Polen und Ungarn

Die Schwerpunktverlagerung der westeuropäischen Politik nach Osten spiegelte sich auch in den Staatsbesuchen. So kam der damalige polnische Präsident Wojciech Jaruzelski im Februar 1990 [in die Schweiz](#). Im [Herbst](#) empfing der [Bundesrat](#) den letzten DDR-[Regierungschef](#) Lothar de Maizière. Und es kam zu einem Treffen mit Václav Havel, der Ikone der «Samtenen Revolution» in der Tschechoslowakei.

Lothar de Maizière im Januar 2020. - POOL/AFP/Archiv

Mit einem ersten Rahmenkredit über 250 Millionen [Franken](#) unterstützte die Schweiz den Umbau in Polen und Ungarn. Bei der Anerkennung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen hielt sich die Schweiz aus Neutralitätsgründen zurück.

Die neue Weltlage mit dem Wegfall des Ost-West-Konflikts stellte die Neutralität der Schweiz als Hort des Völkerrecht zunehmend in Frage. Die neutralen und nicht an ein Bündnis gebundenen Staaten wurden vermehrt aus ihrer traditionellen Vermittlerrolle gedrängt.

EWR-Beitritt wurde 1992 abgelehnt

Der Uno-Beitritt Liechtensteins im September 1990 stellte den «Sonderfall Schweiz» in Frage. Die Schweiz [leistete indessen in](#) einer friedenssichernden Uno-Aktion in Namibia einen grösseren Einsatz in Namibia.

«Pièce de résistance» in der Aussenpolitik bildete der Europäische Wirtschaftsraum (EWR). Diesen sahen die Bundesräte als einzige realistische Möglichkeit zur Teilnahme am europäischen Binnenmarkt. Die Verhandlungen liefen nicht optimal. Im [Bundesrat](#) herrschte gegen Jahresende eine gedrückte Stimmung.